



Freie Demokratische Partei

FDP im Gemeinderat der Gemeinde Sinzheim
Homepage: sinzheim.freie-demokraten.de

6. Februar 2025

Gemeindehaushalt 2025 ff.: verbesserbar?

In der Kürze der Zeit konnte ich – ohne nähere Zahlenangaben - schon ausführen, warum wir trotz schlechter Planzahlen zum Haushalt einstimmig „JA“ sagen konnten: Die kommende Haushaltsausführung baut auf einer soliden Planung auf und wird von einer motivierten Verwaltung durchgeführt, die sich bemühen wird, wie auch im Vorjahr alle Möglichkeiten zu nutzen, ein besseres Ergebnis zu erreichen. Jetzt sind wir im Gemeinderat gefordert, sie durch unsere Beschlüsse so zu unterstützen, dass nicht wir Gemeinderäte an Mehrausgaben für „unnötige“ laufende Ausgaben oder Investitionen „schuld“ sind.

Der für das Haushaltsjahr von der Verwaltung prognostizierte

Verlust von

1,6 Mio.€

konnte in unseren Beratungen nicht reduziert werden: Weder hatten wir bei unseren wesentlichen beeinflussbaren Einnahmen (der Gewerbesteuer und der Grundsteuer) den Mut zu höheren Hebesätzen noch sahen wir bei den laufenden Ausgaben Möglichkeiten für 2025, die solide ermittelten Zahlen zu korrigieren:

Bei knapp 14 Mio.€ , die uns überhaupt nur zur eigenen Verfügung stehen, sind mit 12 Mio. € fast 80 % kaum nach unten korrigierbar. Bei einem langfristigen Trend nach oben, denn bei den *Personalausgaben* muss mit Tarifsteigerungen und Mehrpersonal gerechnet werden: Beim größten Brocken „Kindergärten“ fallen 43 % der Personalkosten an. Aber wenigstens die *Sachkosten* zeigen – auch langfristig – eine relativ „konstante“ Entwicklung auf: Selbst bei den Energiekosten wirken sich Sparmaßnahmen erkennbar aus. Und dem Kämmerer wollten wir seine *sehr vorsichtige Gewerbesteuerschätzung* nicht nach oben korrigieren: Das *kann* uns – wie in den meisten Vorjahren auch – am Ende eine deutliche Verbesserung bringen. Und den Bürgern wollten wir - bei aller Unsicherheit für alle bei der Grundsteuerreform - mit einer auch für die Gemeinde vertretbaren Senkung des Hebesatzes bei den Wohn- und Geschäftsgrundstücken zeigen, dass wir die Reform nicht nutzen für eine – bei dem hohen Verlust eigentlich erforderlichen -Erhöhung unseres Grundsteueraufkommens:

Jetzt reduzieren sich unsere für Investitionen verfügbaren Mittel im Jahr 2025 voraussichtlich deutlich auf den gesetzlich vorgesehenen Mindestbestand: Kreditaufnahmen sind ab 2026 in erheblichem Umfang geplant von aktuell unter 2 Mio.€ auf über 14 Mio.€ Anfang 2029. Die Folge sind ständig steigenden Belastungen der Folgejahre durch höhere Zinsen und Tilgungen.

Aktuell geplante **Großinvestitionen bedürfen deshalb weiterer Überprüfung** auf Notwendigkeit und Volumen:

Beim **Kinderhort und beim Kindergarten Sankt Vinzenz** können uns vielleicht Landkreis und Land helfen, unseren Bedarf zu senken. Beim Kinderhort-Neubau rege ich an, die Notwendigkeit der unterirdischen Stellplätze nochmals überprüfen zu lassen, was die Baukosten nicht unerheblich reduzieren würde. Mit Unterstützung des dafür auch zuständigen Landkreises könnten wir das Angebot an Plätzen in der Kindertagespflege erhöhen. Mehr Tagespflegesätze hieße auch weniger „Doppelbelegungen“ für Ü 3 Kinder und mit einem vom Land angebotenen „Erprobungsparagraphen“ im Kindergartengesetz könnten auch wir für uns testen, ob sich nicht die Betreuungszahlen in den derzeit 26 Gruppen erhöhen ließen: 2 Kinder mehr je Gruppe würden 2 Gruppen bei den „Wartelisten“ wie im Neubaubedarf entfallen lassen. Und ein weiterer „Wichtelwagen“ im Waldkindergarten in Leiberstung (oder eine entsprechende Gruppe für Kartung oder Winden) würden das Platzangebot und den Investitionsbedarf für Kindergartenplätze reduzieren – für 2025 und die Folgejahre.

Auch die geplanten **Neubauten für Flüchtlinge und für bezahlbaren Wohnraum** stehen für mich – vor einem „Baustart“- zur nochmaligen Prüfung an. Die Fertigstellung des *temporären Containerbaus Im Grün* hat es erlaubt, private Anmietungen zu kündigen und so „Reserven“ geschaffen – bei sinkenden Zuzugszahlen, die wir auch für anderen Wohnbedarf nutzen könnten: Wenn wir die freigewordenen Wohnungen - mit Unterstützung der Gemeinde - „umlenken“ können in Nutzungen für bedürftige andere Wohnungssuchende, und wenn wir so gar den Neubau für „Sozialwohnungen“ neben einem Neubau für Flüchtlinge vermeiden können, dann entfallen in den Folgejahren erhebliche Großprojekte, die von der Gemeinde sonst finanziert werden müssten. Und wer das nicht will: Vielleicht suchen und finden wir für solche „Wohnbauprojekte“, die ja nicht unbedingt durch die Gemeinde errichtet werden müssen, auch private „Bauträger“, die auf Erbbaubasis auf unseren Grundstücken die Gebäude bauen und vermieten (Dieses Modell gibt es bei den Kirchen schon lange mit großem Erfolg.)



Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat

FAZIT für mich:

Gemeinsam können wir die aktuell schwierige Situation, die sich – leider erneut - für 2025 und die Folgejahre abzeichnet, mit einer motivierten Verwaltung und mutigen Entscheidungen des Gemeinderates verbessern.

Hilfe von Landkreis, Land und Bund können wir dabei *vielleicht* erwarten – hoffentlich auch weiter von Bürgern, die uns schon bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise tatkräftig unterstützt haben.